



## **PRESSEMITTEILUNG AUS DEM FÜRSTENHAUS**

Zum Ausgang der Volksabstimmung über die Initiative „Hilfe statt Strafe“ nimmt S.D. Erbprinz Alois von Liechtenstein wie folgt Stellung:

„Nach dem Landtag hat nun auch das Volk die Initiative „Hilfe statt Strafe“ abgelehnt. Es ist mir jedoch wichtig festzuhalten, dass das Thema Schwangerschaftsabbruch damit keineswegs von der politischen Agenda genommen werden kann. Die durch die Initiative ausgelöste Diskussion hat vielmehr gezeigt, dass wir die Situation von ungewollt Schwangeren verbessern und dadurch auch die Anzahl von Abtreibungen reduzieren sollten.

Ich werde daher umgehend mit dem Landtag und der Regierung Gespräche aufnehmen, um möglichst rasch Reformen zu realisieren, die wirkliche Hilfe bieten. Diese Reformen sollten:

- weiterhin klar signalisieren, dass die Abtreibung keine akzeptierte Lösung für das Problem der ungewollten Schwangerschaft ist,
- gleichzeitig aber die Situation der ungewollt Schwangeren entscheidend erleichtern und
- ein kinderfreundlicheres Umfeld schaffen.

Aufgrund der Kleinheit unseres Landes können wir dabei besondere Wege einschlagen. Wir sollten die Chance wahrnehmen, auch in diesem Bereich eine innovative, liechtensteinische Lösung zu entwickeln und uns positiv zu differenzieren.“

Schloss Vaduz, 18. September 2011

Rückfragehinweise:

Sekretariat S.D. Erbprinz Alois von und zu Liechtenstein

Silvia Hassler-De Vos

Schloss Vaduz

FL-9490 Vaduz

Tel. +423 / 238 1200

Fax +423 / 238 1201

mailto: [se@sfl.li](mailto:se@sfl.li)